



Österreich



Alles beim Alten – zur Bildungspolitik der ÖVP

Die ÖVP sucht in Sachen Bildungspolitik ihren Weg und bleibt dabei ihrem Selbstverständnis treu. Sie setzt auf Elitenförderung und frühe Selektion. Leistungstests für 3-Jährige, Aufnahmetests für Unis und AHSen sowie Sprachprüfungen für VolksschülerInnen sind Beispiele für Vorstellungen, die in die Debatte eingebracht werden. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Stellenabbau bei der Post

Postämter werden geschlossen, unter dem Vorwand "Effizienzsteigerung" werden weitere Angriffe auf die PostlerInnen gefahren. Was tut die Gewerkschaft? SEITE 2 & 3

Schwerpunkt



Kämpferisch in die Herbstlohnrunde!

Nachdem sogar Sozialminister Buchinger für die anstehende Herbstlohnrunde deutliche Erhöhungen gefordert hat, fordert die SLP: mindestens plus 4% und Erhöhungen für alle! SEITEN 4/5

Internationales



Sudan/Darfur: Was bringt der UNO-Einsatz?

Über die Hintergründe des BürgerInnenkriegs im Sudan, den Nutzen und die Motive des geplanten UNO-Einsatzes, Perspektiven und Bedingungen für die Beendigung des Konflikts. SEITE 7

4% mehr Lohn, 1.000,- für alle!

Diese Minimalforderungen müssen jetzt ohne Kompromisse durchgesetzt werden!



von Herbert Wanko, SLP-Wien West, Betriebsrat bei NXP

1000.- Mindestlohn: Jeder Tag Verzögerung ist ein Skandal!

Die Forderung von Sozialminister Buchinger nach 4 % Lohn- und Gehaltserhöhungen lösten sowohl bei der Wirtschaft als auch bei der Gewerkschaft (!) einen Sturm der Empörung aus.

Der lauteste Protest gegen den Buchinger-Vorstoß kam von Bartenstein. Warum sich die ÖGB-Führung über Buchingers Vorschlag aufregt hat liegt ebenfalls auf der Hand. Ausnahmsweise hat ein Politiker versehentlich die Berechnungen der Gewerkschaft ernstgenommen und eine Lohnforderung formuliert, die eine - wenn auch nur minimale - Verbesserung bedeutet. Für Buchinger bleibt die Sache allerdings ohne Konsequenzen; er wird seinen Worten - wie üblich - keine Taten folgen lassen. (siehe auch dazu S. 4+5).

Keine Almosen mehr!

In den Kollektivvertragsverhandlungen im kommenden Herbst wird klar werden, welche Linie die ÖGB-Führung vorlegt. Bei den derzeit laufenden KV-Verhandlungen für die Zuckerindustrie fordern die VerhandlerInnen matte 3,2 %, also weit unter der 4 %-Forderung von Buchinger. Andere Forderungen liegen allerdings bedeutend höher. Grundsätzlich anzumerken ist: Rechnet man/frau die Gewinn- und Produktivitätssteigerungen der letzten Jahrzehnte, die von der ArbeiterInnenklasse erwirtschaftet und von den Unternehmen stillschweigend eingestreift wurden, müssten die Löhne eigentlich verdoppelt werden! Bescheidenheit ist jedenfalls fehl am Platz: Es ist etwa völlig unverständlich wenn Metallerchef Foglar einen Produktivitätszuwachs von 5,5 Prozent angibt und nicht gleichzeitig dies als Minimallohnforderung für die gesamte Branche formuliert und die Gewerkschaft eine massive Kampagne in diese Richtung beginnt (vgl.: Der Standard, 24.7.2007).

Eine weitere Aufgabe für die kommenden KV-Verhandlungen ist die Umsetzung des Mindestlohns von 1.000,-. Dieser soll ab 2008 gelten, außer für Kollektivverträge, in denen das Mindesteinkommen unter 900,- liegt. Die müss(t)en noch bis 2009 warten! Dies zeigt, dass es selbst in Bereichen mit Kollektivvertrag immer noch Menschen gibt, deren Einkommen trotz eines Vollzeitjobs unter der Armutsgrenze liegt! 1.000,- Euro brutto bedeuten aber auch lediglich 820,- Euro netto, und das soll angeblich zum Leben reichen. Meiner Meinung nach: "Zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben". Dazu kommt aber vor allem, dass die Menschen, die in KV-freien Bereichen arbeiten - wie z. B. die immer größer werdende Zahl der "neuen Selbstständigen", die durch die private Pflege sprunghaft ansteigen wird, von diesem Gesetz nichts haben. 1000 Euro sofort ist daher unserer Meinung das Minimum bei der Herbstlohnrunde - bzw. eigentlich weniger als das. Statt einem solchen Pusch fordern wir für alle - egal ob mit oder ohne KV - ein Mindesteinkommen von 1.100,- Euro netto und eine Arbeitszeitverkürzung auf 30-Stunden pro Woche, bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nur so kann gewährleistet werden, dass endlich alle eine Arbeit finden können und dann auch genug zum Leben haben.

Wie können Reallohnsteigerungen und Mindestlohn durchgesetzt werden?

Notwendig wäre es, dass sich die Gewerkschaft endlich darauf besinnt, für alle arbeitenden Menschen in Österreich Verbesserungen zu erreichen.

Außerdem muss für Verbesserungen gekämpft werden, da die KapitalistInnen freiwillig keine Zugeständnisse machen werden.

Die deutschen Gewerkschaften sind eigentlich kein besonders gutes Beispiel für ArbeitnehmerInnen-Vertretungen. Doch liegen selbst ihre Forderungen meist weit über denen des ÖGB. Und sie zeigen auch, dass es gegebenenfalls notwendig ist, ihre Forderungen mit Arbeitskämpfen zu unterstreichen. Metaller-Chef Foglar spricht von Signalen aus Deutschland - doch hört er sie auch wirklich?

Gewerkschaftsbasis in Lohnrunden endlich einbinden!

Ein anderer großer Fehler der Gewerkschaftsführung ist, dass die Betroffenen ihre Forderungen gar nicht stellen können. Die VerhandlerInnen des ÖGB halten weiterhin an ihrer StellvertreterInnenpolitik fest, obwohl beim letzten ÖGB-Kongress mehr Demokratie und Mitspracherecht beschlossen wurde. Es ist jetzt wohl an der Zeit, diese Versprechen endlich einzulösen. Die in Österreich arbeitenden Menschen - und zwar ALLE - müssen in die Entscheidungsprozesse um Forderungen an Politik und Wirtschaft eingebunden werden. Nur dann können sich die VerhandlerInnen auch auf deren Unterstützung verlassen. Außerdem muss schon vor Verhandlungsbeginn eine Strategie festgelegt werden wann und mit welchen Kampfmaßnahmen den Forderungen Nachdruck verliehen wird. Es darf nicht - wie so oft - nur damit gedroht werden, dass es zu Kampfmaßnahmen kommt, sondern diese Drohungen müssen auch wahr gemacht werden.

Der Standpunkt

Hasen mit Verantwortung

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin



Führungskräfte müssen gut verdienen, weil sie viel Verantwortung tragen" - das ist ein Dogma. Ein Dogma, dessen Falschheit der Bawag-Prozess überdeutlich gemacht hat. Die Verantwortlichen in Aufsichtsrat und Vorstand haben ordentlich kassiert - Elser ist nur die Spitze des Eisberges. Aber im Wesentlichen ist ihre Aussage "mein Name ist Hase, ich weiß von nichts". Da fragt man sich, wofür die Herren (und Damen, auch wenn sie nicht auf der Anklagebank sitzen) eigentlich Geld bekommen haben.

Und um es offen zu sagen: ich glaube nicht, dass die Unwissenheit bei der Bawag völlig gelogen ist. Und ich glaube nicht, dass sie ein Einzelfall ist.

In Aufsichtsrat und Vorstand kommen Viele, weil "man sich kennt", auch als "Danke" für langjährige gute Dienste etc. Und man sitzt nicht in einem Aufsichtsrat, sondern gleich in mehreren. Die Arbeit wird von "ExpertInnen" gemacht. Und von den Verantwortlichen "abgesegnet".

Was dabei erstaunt, ist die Selbstverständlichkeit, mit der sie ihre Spitzengagen einstreifen. Immer wieder wird bekannt, dass sich ein Vorstand selbst eine Gehaltserhöhung genehmigt, die weit über jener der normalen Beschäftigten liegt. Ihre Einkommen beinhalten großzügige Aktienoptionen und Erfolgsprämien. Wobei sich Erfolg u.a. an Einsparungen bei den Personalkosten misst - gemeint sind dabei logischerweise nicht die Personalkosten des Vorstandes sondern jener, die weit weniger verdienen.

Andererseits gibt es "Sozial-schmarotzer"-Debatten. Da werden Arbeitslose angeprangert, die nicht jeden mies bezahlten Job annehmen oder auch Familien, die sich Sozialleistungen "erschlichen" haben. Die Beträge, um die es dabei geht, sind Peanuts im Vergleich zu den 168.000 Euro, die z.B. ein Vorstandsmitglied 2005 durchschnittlich verdiente - im Einzelfall kann das aber auch auf mehrere hunderttausend Euro pro Jahr steigen. Zur Erinnerung: das Durchschnittseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen lag im selben Jahr bei 25.704,- Euro - brutto wohlgeerntet.

In Österreich ist übrigens der Widerstand gegen eine Veröffentlichung der Einkommen von Führungskräften sehr stark. Klar - wer gibt gerne zu, dass er/sie die Hand aufhält fürs Hand heben.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Die ÖVP kann's nicht lassen: Leistungsdruck schon für 3-Jährige?

von Florentin Döllner,
SLP-Wien und Pädagoge

Leistungsstandards für Dreijährige, Aufnahme-tests an AHS und Universität, Sprachprüfungen für Vorschulkinder - dies sind einige Aspekte mit denen sich die ÖVP in der letzten Zeit in die so genannte Bildungsdebatte eingebracht hat. Was sich durch alle diese Forderungen wie ein tief-schwarzer Faden zieht, ist die Betonung der Leistung jedes/r einzelnen, eine frühe Selektion der Kinder bzw. SchülerInnen, das Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem und somit auch die Aufrechterhaltung der Elitenbildung.

Mitte Juni hat sich die ÖVP bei ihrem Bundesvorstand gegen die Gesamtschule ausgesprochen, da dies ihrer Meinung nach nur einen "Einheitsbrei" und eine "Gleichmacherei" bedeuten würde. Sie tritt hingegen für eine "leistungsgerechte Differenzierung ein...die nur in einem differenzierten Bildungssystem sichergestellt werden kann" (ÖVP-Perspektivengruppe Bildung). Hier lässt sich schnell erkennen, dass es der ÖVP vor allem um den Leistungsaspekt geht, der natürlich mit Selektion verbunden ist. Man/frau sollte sich die Frage stellen, inwieweit es sinnvoll ist, Kinder bereits mit drei (Vorschlag von ÖVP-Bildungssprecher Neugebauer) oder fünf Jahren zu beurteilen und damit in Leistungskategorien zu einzuordnen. Weiters wird durch die Entscheidung Hauptschule oder Gymnasium der Bildungsweg von Kindern bereits mit zehn Jahren maßgeblich bestimmt. Dies hat wenig mit dem Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder zu tun, sondern ist meistens vor allem eine Frage der sozialen Schicht.

Bildungskonzept der ÖVP

Die ÖVP steht für dieses Konzept der frühen Selektion und des differenzierten Schulsystems. In dem von der Perspektivengruppe Bildung ausgearbeitetem Modell des zukünftigen Bildungssystems soll - mit ein paar kosmetischen Änderungen - im Wesentlichen alles beim alten bleiben. Die wichtigsten Punkte hierbei sind, dass die Fünfjährigen in Bezug auf deren Sprachfähigkeiten überprüft werden und falls diese nicht ausreichend sind in die Vorschule kommen sollen. Weiters sollen Kinder, wenn die Lernziele beim Lesen, Schreiben, Rechnen, Reden nicht erreicht wurden, die "Möglichkeit" haben ein fünftes Volksschuljahr zu absolvieren.

Die Hauptschule soll aufgewertet werden (nähere Vorschläge ließen sich hierzu nicht finden). Besonders hervorgehoben wird noch, dass es "Zeug-



nisse braucht, die noch stärker als bisher die individuellen Leistungen der Schülerinnen und Schüler darstellen" (ÖVP-Perspektivengruppe Bildung). Um hier einen Vergleich zu bringen, in Finnland, wo es eine Gesamtschule für die 7-13jährigen gibt - und Finnland der Staat ist, der bei der PISA-Studie seit Jahren am besten abschneidet -, werden in diesem Zeitraum gar keine Noten vergeben und man/frau kann auch nicht sitzen bleiben.

Freie und kostenlose Bildung für alle

Die SLP tritt dafür ein, dass jeder/die gleiche Chance auf Bildung hat, damit alle die Möglichkeit haben ihr ganzes Potential zur Entfaltung bringen zu können. Dies beginnt mit dem kostenlosen Kindergartenbesuch, innerhalb dessen es eine Frühförderung gibt. Dies geht einher mit dem Anerkennen des Kindergartens als Bildungseinrichtung und der damit verbundenen Aufwertung der Ausbildung (auf universitärem Niveau) und Bezahlung von Kleinkind-PädagogInnen.

Im Kindergarten hat Leistungsdruck nichts zu suchen, hier geht es darum, dass die Kinder soziale Kompetenz er-

werben und spielerisch Vorarbeiten machen bzw. Fertigkeiten erlernen, die ihnen dann helfen das Rechnen, Schreiben, Lesen in der Schule zu lernen.

In weiterer Folge braucht es unserer Meinung nach eine öffentliche und kostenlose Gesamtschule mit integrierter Berufsausbildung in Werkstätten für alle Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr. Dies würde ein Ende der frühen Selektion der Kinder bedeuten und allen den gleichen Zugang zur Bildung ermöglichen. Darüber hinaus können Kinder und Jugendliche in der Gesamtschule aufgrund von kleineren Klassen, mehr BetreuungslehrerInnen und vorwiegend projekt- und fächerübergreifendem Unterricht am besten ihr individuelles Potential entfalten sowie nach ihren Bedürfnissen unterrichtet werden.

Im Anschluss daran braucht es auch wieder einen freien Hochschulzugang, das heißt eine Abschaffung der Studiengebühren sowie von Zugangsbeschränkungen und der Ständigen Bedrohung vom Wegfall der Familienbeihilfe, wenn man/frau sich über der Mindeststudiendauer befindet.

Auswirkungen der Post-Sparpläne vor Ort – ein Erfahrungsbericht

Verteidigen wir das Postamt in Hallein!

von Andreas Priewasser
SLP-Hallein

Trotz enormer Umsatzerlöse, die die Post im ersten Halbjahr verbuchen konnte (Steigerung um 26,8% gegenüber dem Vorjahr macht 1.116,8 Mio. Euro) wurden von der Post einige Zweigstellen beobachtet, die trotz dieser Enormen Gewinne jetzt doch zugesperrt werden.

Weiters ist es der Post möglich fleißig im Ausland einzukaufen. So wurden Firmen in Deutschland, Belgien und den Niederlanden gekauft.

Zu den Schließungen: In Kärnten werden fünf Postämter geschlossen, in Salzburg vier, in Oberösterreich vier, in der Steiermark zwei und in Vorarlberg ebenfalls zwei. Diese 19 Postämter sind ein

Teil der 47 Postämter, die bei den letzten Schließungen noch verschont blieben.

Merkwürdig ist auch, dass Post-Chef Anton Wais meinte, dass die Schließungen nicht nach Kostenfaktoren, sondern nach Wettbewerbsüberlegungen entschieden werden

Stellt sich die Frage, was dahintersteckt

Nachdem die Post teilprivatisiert wurde, wurden schon einige Postämter zugesperrt, so z.B. in Rif bei Hallein. Die Meinung auf der Straße ist geteilt. Einige Menschen sagen zwar, dass es ihnen egal ist dass das Postamt zugesperrt, da sie im Zeitalter des Internets sowieso keine Briefe mehr verschicken. Einige wussten noch nicht, dass das Postamt am al-



ten Markt zusperrt und zeigten sich teilweise geschockt. Wer bereits davon wusste, war gegen die Schließung des Postamts. Man könnte sich das Beispiel einer alten Frau vorstellen, die nicht mehr richtig gehen kann. Sie darf jetzt durch die Geldgier der Postführung noch weiter zum Postamt gehen. Für die Menschen außerhalb von Hallein verschärft sich die Si-

tuation weiter, da in der Umgebung sowieso schon die meisten Poststellen geschlossen wurden. Aber, Hallein ist nicht gerade klein - eine Poststelle für eine 20.000 EinwohnerInnen Gemeinde doch etwas wenig.

Widerstand ist notwendig!

Ich denke man sollte sich dagegen wehren, dass die Post-

stellen geschlossen werden, denn die Post ist nun einmal ein wichtiger Bestandteil des öffentlichen Lebens. Vor allem für ältere Leute die nicht unbedingt mit dem Internet umgehen können oder denen "die E-Mails zu sind unpersönlich sind". Genau diese Menschen sind aber auch weniger mobil. Wir sind solidarisch mit den MitbürgerInnen aus Hallein und Umgebung. Wir treten gegen die Schließung der Poststelle Alter Markt ein. Dazu wollen wir in den nächsten Wochen Flugblätter und Unterschriftenlisten machen und auch eine Veranstaltung und Aktion organisieren.

PostkundInnen und Postbeschäftigte gemeinsam können die Schließung nämlich noch verhindern!

Post: Personalabbau und Arbeitszeitverlängerung geplant

Kurswechsel der Gewerkschaftsspitze notwendig

Kern der Umstrukturierung bei der Post ist ein neues Arbeitssystem. Das Planungssystem Distribution (PSD) wird vom Management als neues Wunderkind propagiert, um die Post auf die 3. und letzte "Liberalisierung" nach EU-Planung vorzubereiten.



von Sven H.

Die um zwei Jahre auf 31. Dezember 2010 verschobene EU-Maßnahme sieht die Öffnung des Markts für den Versand von Briefen unter 50 Gramm vor. Ausserdem werden immer mehr Leistungen wie z.B. Paketzustellung an Lohndumping-Subfirmen ausgelagert, die nicht dem Post-Kollektivvertrag unterliegen. Der Haupteigentümer Republik in Vertretung durch die Bundesregierung weigert sich, im Sinne der Belegschaft und der Bevölkerung Einfluss zu nehmen.

Was ist bereits passiert?

Seit 2000 wurden mehr als 950 Postämter geschlossen. Von den ursprünglich 20.506 Postkästen wurden bislang 2.800 abmontiert, das sind beinahe 15%! Die Bahnpost wurde bereits vor Jahren stillgelegt, die MitarbeiterInnen freigesetzt und der Transport auf die Straße verlagert. Insgesamt wurden tausende Arbeitsplätze vernichtet.

Die Protestmaßnahmen der GPF waren dazu vergleichsweise gering. Ein paar hundert

DemonstrantInnen trugen einen Briefkasten zu Grabe, sehr viel mehr ist nicht passiert.

Verhandlungen gescheitert

Seit 21.8.2007 verhandelt die Personalvertretung der Post mit dem Management über die genaue Ausführung des PSD. Aufgrund dessen, dass die Manager der Post am Umsatz des Unternehmens beteiligt sind, haben diese auch ein persönliches Interesse an Einsparungen und Umsatzsteigerung, da dadurch auch ihr Gehalt steigt. Die Unzufriedenheit der Belegschaft ist somit vorprogrammiert. Die Forderungen der GPF sind: "Wer mehr leistet, muss auch mehr verdienen. Die Arbeit muss jedoch auch weiterhin für alle MitarbeiterInnen bewältigbar sein.", so Martin Palensky, Sprecher der Gewerkschaft in der Juli-August-Ausgabe der Mitgliederzeitschrift "GPF-Compact". Fürs erste sind die Verhandlungen von der Gewerkschaftsspitze unter Gerhard Fritz (FSG) abgebrochen, zu wenige Zugeständnisse wurden dem Postmanagement abgerungen. GPF-FCG-Vorsitzender Wiedner,

wollte allerdings wie geplant der Basis die Vorstellungen des Managements zur Abstimmung vorlegen - dies hätte mögliche Kampfmaßnahmen weiterhin hinausgezögert, die bereits Ende September, Anfang Oktober stattfinden könnten, so Fritz.

Kampfmaßnahmen notwendig

Es geht akut um den Abbau von über 1000 Briefträgerstellen und weiteren Bereichen, insgesamt könnten 2400 Stellen betroffen sein. Angeblich komplett gedeckt durch "natürlichen Abgang." Dies soll durch Einsatz neuer Betriebsmittel wie Mopeds, aber auch durch längere Arbeitszeiten ermöglicht werden. Für die 30 Stunden/Monat mehr würden die Briefträger 90 Euro mehr verdienen, ein Stundenlohn von brutto drei Euro. Dies erinnert an Niedrigstlöhne der mittlerweile Post-Tochter Feibra, die auf Werbemittel-Verteilung spezialisiert ist. Auch in anderen Ländern hat die Österreichische Post-AG (seit 1999 zu 49% privatisiert) Billigverteil-Firmen aufgekauft und plant weitere Expansionen, für die Geld gebraucht

wird. Um das verhindern muss die Gewerkschaft mehr tun als nur zu drohen!

Das Geld ist da!

Der Personalstand wurde bereits von 30.126 auf 24.910 reduziert, und das trotz einer Gewinnsteigerung von 23 auf 88 Millionen Euro von 2001 bis 2005. Die Zahlen für 2006 und Prognose für 2007 wurden vom Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat, Martin Palensky, im März in einem internen Mail an den Betriebsrat kommuniziert, um die Verhandlungsposition aufgrund guter Betriebsergebnisse zu stärken. Die Post AG hat diesen nun wegen Weitergabe von Insider-Informationen verklagt, und somit ein Druckmittel gegen den Betriebsrat in der Hand.

Es ist zu befürchten, dass die GPF-Spitze in einem Kompromiss einlenkt und zumindest einem Teil des Personalabbaus zustimmt, wenn im Gegenzug die Klage fallen gelassen wird.

Sven H. ist Betriebsrat bei Radio Orange 94.0, Mitglied des Präsidiums der Bundesfachgruppe Multimedia und Informationsdienste der GPF.

Die SLP fordert für die Bediensteten der Post:

- ▶ Keine Kündigungen, auch nicht unter dem Deckmantel eines "natürlichen Abgangs"
- ▶ Keine Schließung von Postämtern
- ▶ Keinerlei Verschlechterungen für die Beschäftigten
- ▶ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Personalabbau und erhöhtem Arbeitsdruck
- ▶ Rückverstaatlichung der privatisierten 49% der Post AG unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten
- ▶ Konsequente Vertretung der Belegschaft durch die Gewerkschaft, keine Kompromisse.

Ihr da oben, ...

ÖGB: Streiken oder Agitieren?

Im Sommer hat ÖGB-Präsident Hundstorfer angekündigt, der ÖGB werde einen neuen Streikfonds gründen. Dieser solle 250 Millionen Euro umfassen. Allerdings soll er künftig "Agitationsfonds" heißen. Warum? Agitieren gehört eigentlich zum täglichen Handwerk der Gewerkschaft, sollte also aus dem laufenden Budget bezahlt werden. Ein Streikfonds hat u.a. die Aufgabe, bei Streiks für die Bezahlung von Streikgeldern - also dem Lohnausfall der Streikenden - eingesetzt zu werden. Wird das Geld fürs Agitieren ausgegeben, ist fürs Streiken dann nichts mehr da. Das passt zwar vielleicht ins Konzept der ÖGB-Führung. Widerspricht aber dem u.a. in der Mitgliederbefragung geäußerten Wunsch der Mitglieder nach einem kämpferischeren ÖGB.

Papamonat und Öffentlicher Dienst

Im Sommer wurde über Papamonat und Väterkarenz diskutiert. Tatsache ist, dass Kinderbetreuung nach wie vor als Frauensache gehandelt wird. Tatsache ist aber auch, dass weit mehr (junge) Väter sich an der Kinderbetreuung beteiligen wollen, als es tatsächlich tun. Die Differenz erklärt sich aus den Einkommensunterschieden - und aus unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Frauenministerin Doris Bures ist in der Regierung auch zuständig für den Öffentlichen Dienst. Sie könnte dafür sorgen, dass zumindest für die ca. 200.000 Bundesbeschäftigte und ihre Familien Grundlagen geschaffen werden, dass Frauen aus der traditionellen Rolle und Familienfalle heraus kommen. Das bedeutet: ausreichend Kinderbetreuung, auch Betriebskindergärten. Das bedeutet weiters gleiche und gute Bezahlung von Frauen und Männern. Und das bedeutet fixe Beschäftigungsverhältnisse mit der Chance auf Wiedereinstieg. Hier liegt das Problem. Der Bund setzt - wie auch private Unternehmen - zunehmend auf prekäre Beschäftigung. Also auf Teilzeitkräfte und v.a. auf Zeitverträge. LehrerInnen z.B. erhalten kaum noch eine fixe Anstellung sondern müssen oft von Jahr zu Jahr auf die Verlängerung ihres Dienstvertrages hoffen. Damit wird eine geteilte Karenz unwahrscheinlicher. Denn der Öffentliche Dienst muss aufgrund der Zeitverträge noch nicht einmal kündigen, sondern braucht nur einfach den Vertrag nicht verlängern. Die geplanten Personal"einsparungen" im Öffentlichen Dienst werden das Problem weiter verschärfen. Wird die Frauenministerin Bures dann die Ministerin für den Öffentlichen Dienst Doris kritisieren?

Die Aufgabe eines Jugendvertrauensrates:

"Im Betrieb Widerstand organisieren"

Florian kandidiert bei der Linzer Firma MCE als Jugendvertrauensrat. Vorwärts hat ihm Fragen zu seiner Kandidatur und der Situation von Lehrlingen in Österreich gestellt.

Du kandidierst als Jugendvertrauensmann. Wie sieht dein Wahlprogramm aus? Was würdest du als Jugendvertrauensmann umsetzen/tun?

Mit der Rot-Schwarzen Koalition wird der Regierungskurs von Schüssel klar fortgesetzt, das heißt, es kommen neue Angriffe auf ArbeiterInnen und Jugendliche auf uns zu. Vor allem die Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst und die Möglichkeit, Lehrlinge leichter kündigen zu können sind Themen, bei denen ArbeiterInnen auf die Straße gehen müssen, damit ihr Lebensstandard nicht noch weiter sinkt. Die Aufgabe eines Jugendvertrauensrates ist es, neben betriebsinterner Themen auch Widerstand im Betrieb gegen diese Angriffe auf die Rechte von Lehrlingen und ArbeiterInnen zu organisieren.

Wie siehst du die Situation von Lehrlingen generell?

Nicht gerade rosig: Es wird jetzt schon ein Viertel der Lehrlinge im ersten und zwei-

ten Lehrjahr gekündigt, knapp die Hälfte davon in der Probezeit. Auf der anderen Seite werden mit der Verlängerung der Blum-Förderung die Unternehmer weiter gefördert. Im Vergleich 2006/2007 wurde diese ca. 3 mal so oft ausbezahlt wie es neue Lehrstellen gibt. Bei vorzeitiger Kündigung dürfen die Unternehmer sogar die 1.000,- Ausbildungsprämie behalten.

Das heißt, dass Lehrlinge für Unternehmer eigentlich Billig-Arbeitskräfte sind, die man leicht loswerden kann und dafür auch noch Geld bekommt. Außerdem sind 38.000 Lehrlinge in JASG Maßnahmen, das heißt, sie müssen mit 150 Euro im Monat auskommen. Auch beim vor kurzem be-

schlossenen Mindestlohn von 1000 Euro (der sowieso viel zu niedrig ist) pro Monat schauen Lehrlinge durch die Finger, obwohl viele Lehrlinge schon vor der Beendigung der Lehrzeit zu Hause ausziehen oder sich ein Auto kaufen wollen - oder oft auch müssen um in die Arbeit zu kommen. Das ist oft nicht drin bei immer höheren Mieten und Benzinpreisen. Außerdem hat sich Jugendarbeitslosigkeit mit 10,3% seit 2000 fast verdoppelt.

Zuletzt gab es ja Meldungen, dass in Oberösterreich Vollbeschäftigung herrscht, wie sieht die Realität für Lehrstellensuchende hier aus?

In der Realität sind in Oberösterreich über 4.000 Jugend-

liche (bis 24 Jahren) arbeitslos. Das ist aber nur die offizielle Zahl, viele werden in Kursen versteckt, darum sinkt die offizielle Arbeitslosenzahl ständig.

Mit welchen Problemen sind Lehrlinge in deinem Betrieb konfrontiert?

Mit denselben Probleme, die Lehrlinge in anderen Betrieben auch haben: steigender Arbeitsdruck, zu wenig Lohn und fehlende Perspektiven, was die finanzielle Zukunft angeht. Es ist eben so, dass man sich nie sicher sein kann, ob der Betrieb nicht bald wieder verkauft wird, was bei meiner Firma, der MCE schon fast Brauch ist, und ob man dann seinen Arbeitsplatz noch lange hat.

... wir hier unten!

Herbstlohnrunde 2007: Keine Almosen mehr! Für eine kämpferische Lohnpolitik!

Der heurige Sommer war anders, zumindest in der Gewerkschaftspolitik. Es gab eine öffentliche Debatte um die Lohnerhöhungen. Und das im Wesentlichen aus zwei Gründen: (1) Viele Menschen lesen und hören von einem angeblichen Wirtschaftsaufschwung und (2) es gab die 4%-Aussage von Sozialminister Buchinger. Was tut die ÖGB-Spitze damit? Anstatt die Aussage zu nutzen, verweist sie vor allem darauf, dass für die Lohnpolitik die Sozialpartner zuständig sind.

von Michael Gehmacher Betriebsrat
und SLP-Gewerkschaftssprecher

Ob sich Buchinger wieder einmal medial in Szene wollte oder er die Welle die seine Aussage losgelöst hat unterschätzt hat, ist letztlich nebensächlich. Denn, ob es der ÖGB-Spitze passt oder nicht, es kam durch die sie viel in Bewegung. Nach dem ÖGB-Kongress haben wir analysiert, dass sich die Widersprüche im ÖGB weiter zuspitzen werden. Durch den Bawagskandal ist die der ÖGB, bzw. seine Führungsebene als Zentralmacht innerhalb der Gewerkschaften geschwächt. Die Spannungen zwischen einzelnen Bereichen und ÖGB-Spitze steigen. Kein Wunder wenn Einzelne den Buchinger-Vorstoß aufgreifen.

GÖD will mindestens 4% ...

So sah GÖD-Chef Neugebauer die Chance, sich als Gewerkschafter (er fiel beim ÖGB-Kongress als stellv. Vorsitzender bei der Wahl durch) und als ÖVP-Politiker zur profilieren.

Am 6.8. ging er an die Öffentlichkeit. Er sehe den Buchingervorschlag als "Einladung an die Gewerkschaften jetzt kräftig zuzulangen" und er erkläre die 4% als das Erstangebot eines Arbeitgebervertreters (als Regierungsmitglied für den öffentlichen Dienst). In den sozialpartnerschaftlich orientierten Lohnverhandlungsritualen ist es üblich, dass beim "Erstangebot" ArbeitgeberInnenvertreter und ArbeitnehmerInnenvertreter noch einigermaßen von einander entfernt sind. Die öffentlich Bediensteten müssten daher mindestens 4% erreichen meinte Neugebauer sinngemäß.

Auch bei den EisenbahnerInnen rumort es ...

Roman Hebenstreit, Zentralbetriebsratsvorsitzender der LokführerInnen und Aufsichtsrat in der ÖBB-Traktion, will die Gehälter der Lokführer um bis zu 20% steigern. Im Zuge der Auseinandersetzung bei der Deutschen Bahn verlangt er auch eine kräftige Gehälterhöhung für die österreichischen LokführerInnen. Der bestehende Bedarf an LokführerInnen, stärkt neben dem Arbeitskampf in Deutschland das Selbstbewusstsein: "Die neuen Löhne sollen im September fixiert sein", "Es will bei so einem niedrigen Gehalt niemand Lokführer werden" und "Im Notfall müssen wir auch streiken" meint Roman Hebenstreit in einem Interview mit der Zeitschrift NEWS im August.

Für die ArbeiterInnen und Angestellten der Brauindustrie verlangt die Gewerkschaft GMTN eine Erhöhung um 6,5% auf Löhne, Gehälter und Zulagen.

War der Ruf nach einem "heißen Herbst" in den vergangenen Jahren im Wesentlichen eine Forderung von linken Organisationen und kämpferischen GewerkschafterInnen, so besteht heuer die Chance auf kämpferische Auseinandersetzungen und auf Lohnerhöhungen die diesen Namen tatsächlich verdienen. Linke BetriebsrätInnen, kämpferische Gewerkschaftsmitglieder, die FSG-Linke - so sie ernst genommen werden will - und die kleinen Fraktionen links von FSG und FCG müssen aktiv in die Lohnauseinandersetzung im Herbst ein-



greifen. Dazu ist eine Abrechnung mit der Lohnpolitik des ÖGB der vergangenen Jahre notwendig.

Wie sah die Lohnpolitik des ÖGB in der Vergangenheit aus?

Schon ab 1945 gab sich die ÖGB-Bürokratie staatstragend. Sie wollte ein fixer Bestandteil des herrschenden politischen Systems - mit den damit verbunden Privilegien - werden.

Daher galt es in der Lohnpolitik keine Gefahr für die Unternehmen und den Staat zu werden.

"Rücksicht" auf die Bedürfnisse der Unternehmer war und ist ein zentraler Bestandteil dieser Politik. Den eigenen Mitgliedern wurde diese Politik entweder mit der "Verantwortung für den Staat und den Wirtschaftsstandort" oder mit dem simpleren (hinkenden) Vergleich "Man soll die Kuh nicht schlachten die man melkt" verkauft.

In der Nachkriegszeit hieß das: niedrige Löhne und hohe Preise um die Wirtschaft zu fördern. Die Verarmung weiter Teile der ArbeiterInnenklasse führte zu einem Unmut der unter anderem beim Oktoberstreik 1950 ausbrach.

Die "Benya-Formel"

In der Phase des Nachkriegsaufschwungs (50er bis 70er Jahre) wurde dann die sog. "Benya Formel" entwickelt. Benannt nach dem langjährigen ÖGB-Präsidenten Benya (er war seit 1948 leitender Sekretär, 1959 Vizepräsident und 1963-1987 ÖGB-Präsident) bedeutete diese Leitlinie, dass mit einer Lohnerhöhung die Inflationsrate und Produktivitätssteigerung abgegolten werden muss. Angesichts der enormen Produktivitätssteigerungen der letzten Jahre hätte ein konsequentes Anwenden der Benya-Formel in den 90ern bis jetzt den ArbeitnehmerInnen wesentlich höhere Löhne gebracht. In den 60er und 70er Jahren war die Orientierung an der Produktivitätssteigerung aber eher ein Synonym für die Rücksichtnahme auf die Wirtschaft (siehe Kasten von G. Ziegler). Ein schweres Erbe dieser "Formel" ist unter anderem eine enorme Differenz bei den Löhnen. In Teilen der Industrie (Erdöl, Chemie) gab es (ge-

messen am Durchschnitt) extrem hohe Löhne, während andere (Textil, Handel) sehr niedrig blieben. Diese "Lohnschere" entstand nicht nur zwischen Branchen sondern vor allem auch zwischen Frauen und Männern.

Ab den 90ern dominierte die Unternehmeroffensive mit extrem niedrigen Abschlüssen und Verschlechterungen in vielen Kollektivverträgen. Die endgültige Abkehr von der "Benya-Formel" markierte ein ÖGB-Grundsatzbeschluss zur Lohnpolitik vom 14. ÖGB-Kongress (Leitantrag "Einkommen statt Almosen") in dem es nur mehr hieß "Alle Beschäftigten müssen am Produktivitätszuwachs und am Wachstum des Wohlstandes teilhaben können".

Das Ergebnis der ÖGB-Politik ist eine enorme Umverteilung zu Gunsten der Unternehmer. Insgesamt sank und sinkt die Lohnquote (Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen) kontinuierlich (siehe Kasten G. Ziegler). Außerdem verlor ein Großteil der ArbeitnehmerInnen an Wohlstand. Die Steigerungen bei Preisen, Mieten und Gebühren überstiegen die Lohnzuwächse oft um ein Vielfaches. Dazu noch der Sozialabbau der verschiedenen Bundesregierungen.

Zwischen 1995 und 2006 stieg das Netto-Real-einkommen der ArbeitnehmerInnen nur um 0,6%; schreibt der Chef der Metallergewerkschaft, Erich Foglar. Die Ursachen sieht er vor allem im Sozialabbau von Blau-Schwarz. Tatsächlich zieht diese Zahl auch eine traurige Bilanz über alte SPÖ-ÖVP-Regierungen und vor allem über die Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre.

Während die Löhne stagnierten und die Belastungen wuchsen, stiegen die Gewinne enorm.

Durch Spekulationen und das defacto steuerfreie Anlegen der Gewinne in Privatstiftungen wurde der Reichtum für einige wenige noch einmal enorm gesteigert.

Für eine kämpferischen Lohnpolitik

Alle Linken, die tatsächlich in die gesellschaftliche Auseinandersetzung eingreifen wollen, müssen die derzeitige öffentliche Debatte um die Lohnerhöhungen nutzen.

Als SozialistInnen sehen wir es als unsere Auf-

gabe, der herrschenden ÖGB-Politik ein klassenkämpferisches Programm entgegenzustellen. Die "Lohnfrage" ist eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit um den von den Beschäftigten erwirtschafteten Reichtum. Nur durch Arbeit werden Werte und damit Reichtum geschaffen. Mit dem Lohn bekommen die ArbeiterInnen nicht den Gegenwert der von ihnen geschaffenen Werte bezahlt, sondern deutlich weniger. Einen Teil der ihrer Arbeitszeit arbeiten die Lohnabhängigen faktisch für den Mehrwert der Kapitalisten.

Eine elementare Aufgabe einer marxistisch orientierten Lohnpolitik ist daher, diesen Teil möglichst gering zu halten. Lohnpolitik ist eine Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital und daher eine Form von permanentem Klassenkampf. Diesen gilt es von ArbeitnehmerInnenseite so offensiv wie möglich zu führen und als Instrument für eine Umverteilung von oben nach unten zu nutzen.

Eine Aufgabe der nächsten Jahre müsste es sein, jeden Einkommensverlust abzuwenden. Es darf keine Abschlüsse mehr geben, die nicht die Teuerungsraten ausgleichen. Pünktlich zum 1. April werden jedes Jahr ein Großteil der Mieten an den Verbraucherpreisindex angepasst. Ähnliche Mechanismen gibt es bei Strom, Gas und vielen Gebühren. Steigen die Löhne nicht dem entsprechend kommt es bei Vielen zur Verringerungen des Lebensstandards.

Lohnpolitik muss solidarisch werden

Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern bzw. zwischen verschiedenen Branchen muss geschlossen werden, ohne dass es zu Einkommensverlusten bei ArbeitnehmerInnen mit höheren Einkommen kommt.

Für den Herbst 07 könnte eine kämpferische Lohnpolitik bedeuten:

1 Nichts unter 4 Prozent!

Der Buchingervorstoß gilt als absolute Untergrenze. Jedes Verhandlungsergebnis darunter sollte abgelehnt und mit Kampfmaßnahmen beantwortet werden.

2 Keine faulen Kompromisse!

Die weitere Verschlechterung (Flexibilisierung) des Arbeitszeitgesetzes vom Juli 2007 gibt den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden die Möglichkeit über den Kollektivvertrag die Arbeitszeit zu flexibilisieren. Die Möglichkeit Unternehmerwünsche (bis zu 60 Stunden in der Woche, bis zu 10 oder 12 Stunden am Tag usw.) gegen eine höhere Lohnerhöhung zu tauschen steht im Raum. So manchem Vertreter von beiden Seiten schwebt offensichtlich ein derartiger Abschluss vor. Dies wäre eine erschwindelte Erhöhung, da gleichzeitig Überstundenzuschläge und ähnliches wegfallen würde.

3 Erhöhungen für alle!

Bei der Einführung des Mindestlohns zeigt sich das manche (vor allem prekär beschäftigte) ArbeitnehmerInnen nicht berücksichtigt werden (siehe Titelseite), eine Lohnerhöhung von mindestens 4% und auf mindestens 1000 Euro muss für alle gelten!

Diese Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen müssen neben den Verhandlungen mit Kampfmaßnahmen erkämpft werden. Das bedeutet: Betriebsversammlungen mit Debatten um die Forderungen (sowohl Arbeitszeit als auch Erhöhung), BetriebsrätInnenkonferenzen und Streiks. Eine klassenkämpferische Gewerkschaftsopposition muss versuchen, überall wo es möglich ist, die Gewerkschaftsspitze in diesen Kampf zu zwingen. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften wird bei den Metallern und andern Branchen Schritte in diese Richtung setzen.

Lokführerstreik, Streikverbote und die Privatisierung der deutschen Bahn Klassenkämpfe nicht vermeidbar!

von Lisa Wawra, SLP-Wien

Es war in allen Nachrichten und Zeitungen, nicht zuletzt wegen des berühmten Sommerloch: Der Streik der Lokführer in Deutschland, der schließlich (vorläufig) durch ein Gerichtsurteil verboten werden soll.

Kämpferische Gewerkschaftspolitik kommt an

Die GDBA (Deutsche Verkehrsgewerkschaft) und die Transnet (Deutsche Gewerkschaft der Bahnbediensteten) erhandelten Anfang Juli eine Lohnerhöhung um 4,5 % mit 19 Monaten Laufzeit und eine Einmalzahlung von 600 Euro. Dies war der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer (GDL) nach den massiven Sparmaßnahmen der letzten Jahre aber zu wenig. Sie forderte eine bis zu 30%ige Lohnerhöhung, damit vor allem ein Anfangsgehalt von 2500 brutto für Lokführer und außerdem die Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde.

Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen gab es bereits am 10. Juli einen Warnstreik, der nach zwei Stunden wegen einer einstweiligen Verfügung des Gerichts abgebrochen wurde. Auch die Mitglieder der Transnet und der GDBA waren mit ihrem Lohnabschluss unzufrieden und zeigten sich solidarisch mit den KollegInnen der GDL. Es kam auch zu einigen Übertritten von den GDBA und Transnet zur GDL, weil sie als einzige Gewerkschaft nicht mit dem Lohnabschluss einverstanden war. Die GDL organisiert mittlerweile achtzig Prozent der LokomotivführerInnen und circa dreißig Prozent der ZugbegleiterInnen. In den letzten Wochen kamen noch einige hinzu. Dieser Trend (der Übertritt der Beschäftigten von anderen Gewerkschaften) zeigt das Potential, dass in dieser Bewegung steckt.

Bahnspitze und Medien empört über "freche" Gewerkschaft

Die Führungsspitze der Deutschen Bahn, allen voran Hartmut Mehdorn, empörte sich lediglich über das Auftreten der GDL. Auch die Medien sprangen auf, und von überall kam Kritik

der Entsolidarisierung und Spaltung der Bahnbediensteten. Auch von der Arroganz der Lokführer, mehr zu fordern und sich dadurch über ihre KollegInnen zu stellen, war zu lesen und zu hören. Da es Seitens des Managements keinerlei konkrete Reaktion auf die Forderung der GDL gab, wurde von der Gewerkschaft beschlossen, am 7. August den Güterverkehr für vier Stunden zu bestreiken.

Mit dem Staat gegen Streikende

Das Management suchte fieberhaft nach einem gerichtlichen Beschluss, den Streik zu untersagen. Da die Gerichte Hagen und Stuttgart nicht darüber entscheiden wollten, und es in Frankfurt zu lange dauerte, kam man schließlich nach Nürnberg und - trara - man hatte einen Gerichtsbeschluss, der den Streik bis auf weiteres untersagte. Die Begründung: Der Streik sei unverhältnismäßig, daher rechtswidrig, weil er dem Staat und der Wirtschaft einen unverhältnismäßig hohen Schaden zufüge. Ein gefährliches Urteil, weil mit der Argumentation jeder Streik künftig untersagt werden kann!

Einschränkung des Streikrechts nicht nur in Deutschland

Auch in anderen europäischen Ländern wird das Streikrecht drastisch eingeschränkt, da Streik ein "Wettbewerbsnachteil" ist, und daher, wo es geht, verhindert werden soll. In Frankreich zum Beispiel hat die Regierung Sarkozy beschlossen, dass bei Streiks im Öffentlichen Verkehr künftig eine Minimalversorgung aufrecht bleiben muss, dass ArbeitnehmerInnen, die in Streik treten wollen, das 48 Stunden vorher anmelden müssen und dass acht Tage nach Streikbeginn eine Urabstimmung über die Fortsetzung des Arbeitskampfes abgehalten werden kann, sofern dies ArbeitnehmerInnen oder ArbeitgeberInnen beantragen.

Privatisierung der deutschen Bahn droht: Streik ausweiten!

Bei den deutschen LokführerInnen vergaß

allerdings das Gericht zumindest die Berliner und Hamburger S- Bahn zu erwähnen. Diese Bereiche streikten nach Plan - ein Ausdruck dafür, dass es eigentlich wenig Grund gab, dieses Urteil zu befolgen. Die GDL hat allerdings lediglich gegen das Gerichtsurteil und die einstweilige Verfügung berufen. Das Ergebnis: Die Gewerkschaft verzichtet bis zum 27. August auf weitere Streikmaßnahmen und es wird bis dahin weiterverhandelt. Ob dabei auch wirklich ein Erfolg für die Bahnbediensteten und Lokführer herauskommt ist jetzt zweifelhaft. Während sich die Medien auf den Streik der GDL stürzten und allein über die Lohnforderungen der LokomotivführerInnen berichtet wurde, beschloss die Regierung still und heimlich den Börsegang der deutschen Bahn, die bis jetzt zu 100% Staatsigentum war. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD!) und Hartmut Mehdorn wollen die Bahn wenn möglich schon 2008 an die Börse bringen. Die Begründung: Bessere Wettbewerbsfähigkeit und eine internationale Stärkung der Bahn. Die Realität (siehe USA und Britannien): Enorme Verschlechterung der Dienstleistungen der Bahn, höhere Preise und Abschaffung nicht rentabler Strecken. Widerstand dagegen gibt es praktisch keinen, obwohl er gerade jetzt so wichtig wäre.

Gerade jetzt hätte die Gewerkschaft der Lokomotivführer die Chance, auf diesen Beschluss aufmerksam zu machen, und erfolgreich dagegen Widerstand zu leisten. Doch auch die GDL Führung spricht sich nicht dezidiert gegen einen Börsegang der deutschen Bahn aus, und möchte mit aller Kraft verhindern, den Streik auf diese politische Ebene auszuweiten. Doch genau das wäre nötig, um den Ausverkauf der Bahn zu verhindern.

Der Großteil der Bevölkerung steht hinter den Forderungen der Bahnbediensteten und ist gegen die Privatisierung der Eisenbahn. Wenn sich die Bahnbediensteten übergreifend vereinigen und gemeinsam mit der Bevölkerung gegen den Regierungsbeschluss protestieren, kann genügend Druck auf die Regierung ausgeübt werden um den Beschluss der Privatisierung zurückzunehmen.

Quellen: www.sozialismus.info & www.zeit.de

Die Inflationsrate – reine Fakten?

von Jakob Unterwurzacher, SLP-Wien
Auf 2,1% stand die Inflationsrate im Juli 2007. Klingt zuerst nicht sehr dramatisch: Bis 1995 waren Inflationsraten weit über 2% normal.

Am stärksten teurer wurde nach den jüngsten Berechnungen der Statistik Austria Wohnen und Energie mit +4,5%, gefolgt von Nahrungsmitteln mit +3,5%. Verkehr erreicht immerhin +1,7%.

Wirkt auf den zweiten Blick alles andere als angenehm: Milch kostet heute um 12,5% mehr als noch vor einem Jahr - die Milchbauern selbst bekommen davon übrigens den kleinsten Teil. Der Einzelfahrschein im "Roten Wien" kostet um 13% mehr - dieser wird in der Inflationsberechnung allerdings nicht berücksichtigt.

Für Menschen mit einem Einkommen unter 1.721 Euro brutto - zur Erinnerung: die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen in Österreich verdient weniger - sind die drei oben genannten die wichtigsten Posten auf der Ausgabenseite. Die Preissteigerungen treffen verschiedene Gruppen von Menschen immer unterschiedlich hart. Es sind die Klein- und Normalverdiener, die jetzt in den sauren Apfel beißen.

Auch bei der "Statistik Austria" weiß man, dass die allgemeine Inflationsrate wenig über die tatsächliche Belastung aussagt. Nicht ohne Grund gibt es den "Preisindex für Pensionistenhaushalte" der mit derzeit 2,4% weit höher steht als die allgemeine Inflation. An dieser Latte ist auch die geplante "Erhöhung" der Pensionen 2008 zu messen: 1,7%, weit unter der Teuerung - real eine Kürzung also.

Einen "Index der Normalverdiener", auf den sich ArbeitnehmerInnen in Lohnverhandlungen stützen könnten, gibt es allerdings nicht. Und so kommt es, dass die unteren 20% der Einkommen von 2000 bis 2005 einen Reallohnverlust von -2,6% hinnehmen mussten. Normalverdiener schafften es knapp über die Null mit +0,2%, die oberen Einkommen stiegen real um +2,1%.

Um den Erfolg der Herbstlohnrunde für ArbeitnehmerInnen zu bewerten reicht der reine Vergleich mit der Gesamtinflationsrate nicht aus. Es gilt nicht zuletzt zumindest die Verluste der vergangenen Jahre wett zu machen ...

Der mediale Aufschrei gegen Buchingers 4-Prozent-Forderung und sein Nutzen für die Gewerkschaften

Buchingers soziale Ader?!

von Gerhard Ziegler, SLP-ÖO

Kürzlich vertrat Sozialminister Buchinger in der Öffentlichkeit die Ansicht, er könne sich bei der kommenden Lohnrunde im Herbst 4 % KV-Erhöhung vorstellen und holte sich mit dieser Aussage prompt mediale Schelte. Hat Buchinger seine soziale Ader (wieder-)entdeckt?

Die Ausgangslage

Die neoliberale Politik der letzten zwei Jahrzehnte hat deutlich ihre Spuren hinterlassen. Der Druck auf die arbeitende Bevölkerung hat enorm zugenommen. Die Lohnquote, das ist der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen, fiel von 80 % 1976 auf 65,4 % in 2007. Im heurigen Jahr sind die Reallöhne im Schnitt um ganze 0,1 % gestiegen!

Die Arbeitslosenzahlen sind zwar heuer leicht rückläufig, doch war im Juni immer noch knapp eine Viertelmillion Menschen ohne Arbeit, wenn man die offiziell arbeitslos gemeldeten und die in Schulung befindlichen Personen zusammenzählt. Und bei den neu geschaffenen Stellen handelt es sich zum Großteil nicht um Vollzeitstellen sondern um prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Außerdem steigt der Arbeitsdruck und auch die Angst um den Arbeitsplatz ständig. Dieser Dauerstress führt allzu oft zu psychischen Erkrankungen wie Schlaf- oder Ess-Störungen, Depressionen, Erkrankungen des Magen-Darm-Traktes und generelle Unlust (Burn-Out-

Syndrom) und zu familiären Problemen, in Extremfällen sogar zu beruflich motivierten Selbstmorden.

Gleichzeitig explodieren die Profite der Unternehmen. Bereits in den letzten Jahren, als der Wirtschaftsmotor noch nicht so brummte wie 2007, eilten die großen Industrieunternehmen und Banken von einem Rekordgewinn zum nächsten.

Es ist kein großartiges sozialistisches Bewusstsein nötig, um zu erkennen: auf der einen Seite sollen die Arbeitenden ständig Opfer bringen und den Gürtel enger schnallen, damit auf der anderen Seite die Herrschenden - die Wirtschaftskapitäne und ihre AktionärInnen - umso fettere Profite einstreifen können.

Das schafft große Unzufriedenheit unter den Betroffenen - und Angst beim Klassengegner, diese könnten die ihnen zuge dachte Opferrolle über Bord werfen und bei der kommenden KV-Runde radikalere Forderungen stellen. Also muss wieder einmal die Sozialdemokratie für das Kapital die Kastanien aus dem Feuer holen.

Ein altes Rezept: Unmut aufgreifen – um ihn zu entschärfen

Den Unmut aufgreifen ("ich verstehe eure berechtigten Anliegen"), um ihn sofort abzuschwächen und zu kanalisieren ("die Wirtschaft", "das Gesamtwohl") - das ist im Kern die Motivation für Buchingers Ansage, er könne sich "4 % Lohnerhöhung vorstellen, um die Kaufkraft zu erhöhen". Offensichtlich wird Bu-

chinger aufgrund seines unkonventionellen Auftretens in der SPÖ noch am ehesten zugehört, die vorhandene Unzufriedenheit in den Betrieben kanalisieren zu können. Schließlich hat er die Rolle des wohlwollenden Kalmierers bereits bei den Studierendenprotesten mit seiner Bemerkung: "Ich verstehe Euch. Ich war auch einmal ein Revoluzzer. Aber heute bin ich reifer und sehe die Gesamtzusammenhänge." gespielt.

Der mediale Aufschrei ist lächerlich

Der einsetzende mediale Aufschrei der rechten Reichshälfte gehört mit zu diesem Spiel. Zum einen soll die Auseinandersetzung scheinbare Gegensätze zwischen Rot und Schwarz vortäuschen. Beide brauchen solche Scheinkämpfe von Zeit zu Zeit, um ihre jeweiligen Anhängerschaft bei der Stange zu halten. Zum anderen soll damit die 4-%-Forderung eine Radikalität bekommen, die sie in Wirklichkeit nicht hat.

Angesichts der mageren KV-Erhöhlungen in den letzten Jahren erscheinen 4 % zwar auf den ersten Blick viel. Doch selbst nach der seinerzeitigen, keineswegs revolutionären Benya-Formel (Abgeltung der Inflation und der Produktivitätssteigerung), nach der die Gewerkschaften in Österreich in den 60er, 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts ihre KV-Forderungen formuliert haben, wäre für die Beschäftigten in der Industrie eine KV-Forderung von 7 - 8 % durchaus nichts Außergewöhnliches (bei ca. 2 % Inflation und mehr als 5,5 % höherer Indu-

strieproduktivität).

Das Potenzial des Buchinger-Vorstoßes jetzt nutzen!

Trotzdem könnte der Buchinger-Vorstoß nach hinten losgehen. Unter dem Druck der Beschäftigten in den Betrieben könnte die Gewerkschaftsbürokratie zu einer härteren Gangart gezwungen werden. Die WirtschaftskommentatorInnen stellen bei jeder sich bietenden Gelegenheit den wirtschaftlichen Aufschwung 2007 in den Mittelpunkt. Das schafft Begehrlichkeiten, sich nach den langen mageren Jahren "einen gerechten Anteil" an diesem Aufschwung zu holen. Schon im Vorjahr kam es in den größeren Betrieben - etwa der voest in Linz - zu Betriebsversammlungen, bei denen Streiks in den Raum gestellt wurden. Dann hat die Gewerkschaftsbürokratie aber doch klein beigegeben.

Folgendes Szenario wäre dieses Mal denkbar: Sozialminister Buchinger kann, wenn er bei den Beamten-KV-Verhandlungen als Arbeitgebervertreter den Gewerkschaftsvertretern gegenübertritt, schwer unter seine eigene 4-%-Vorgabe gehen. Und einen kleinen Erfolg werden sich auch die Gewerkschaftsverhandler auf ihre Fahnen schreiben wollen. Das wären dann etwa 5 % Erhöhung bei den Beamtengehältern. Eine Latte, unter die die Metaller und die GPA-djp bei den Verhandlungen für die Industriebeschäftigten also kaum gehen können. Wenn das aber die Unternehmervertreter nicht akzeptieren wollen ...

Seit Februar 2007 ist die Sozialistische LinksPartei auch in Kärnten aktiv

Linke Alternative in Kärnten

von Petra Sihler und
Pablo Hörtnner

Die SLP aktiv in Kärnten

Seit Februar diesen Jahres ist die SLP auch in Kärnten aktiv. Wie viele Diskussionen bei Zeitungsverkäufen auf der Straße und vor Schulen, auf Veranstaltungen sowie im privaten Umfeld gezeigt haben, gibt es gerade in Kärnten keine Alternative zum herrschenden Parteien-Einheitsbrei. Umso wichtiger scheint uns der Aufbau einer kämpferischen Partei der ArbeiterInnen, Frauen und Jugendlichen. Für 6. November organisieren wir deshalb eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema "Neue ArbeiterInnenpartei nötig". Wir hatten bereits vier Treffen, u.a. zum Thema antifaschistischer Widerstand im 2. Weltkrieg in Kärnten und Slowenien. Hier beschäftigten wir uns näher mit der Partisanenbewegung. Wir besuchten auch die Gedenkstätte Peršmanhof, wo wir den Obmann des Verbandes der Kärntner Partisanen, Ing. Peter Kuhar, trafen.

Ulrichsbergtreffen

Leider gibt es bis heute in Österreich noch immer keine angemessene Würdigung bzw. Gedenkveranstaltungen für den größten Teil des antifaschistischen Widerstandes im 2. Weltkrieg - der Partisanenbewegung. In Kärnten wurden noch bis am 12. Mai, also nach dem offiziellen Kriegsende am 8. Mai, WiderstandskämpferInnen durch Nazis ermordet. Stattdessen gibt es mit dem Ulrichsbergtreffen seit 1958 eine jährliche Gedenkveranstaltung von Kriegsveteranen und deren Angehörigen. Auch dieses Jahr findet am 16.9. die so genannte Bergfeier statt. Manche Menschen meinen, dass der Großteil jener, die im Krieg auf

Das Banner der SLP weht nun in Wien, Oberösterreich (Bild: Linz), Salzburg und auch in Kärnten.



Seiten der Nazis kämpften, keine andere Wahl hatte, und nicht wusste, worum es ging. Ihre Verdienste für das Vaterland müssten geehrt werden usw. Das Ulrichsbergtreffen sei nur ein Treffen von alten Kameraden, deren Freundschaft durch den Krieg gewachsen ist und bis heute angehalten hat.

Doch worum geht es beim Ulrichsbergtreffen wirklich? Die Ulrichsberggemeinschaft bzw. der Verein für die Heimkehrgedenkstätte Ulrichsberg ist ein Dachverband rechtsextrimer Gruppierungen wie der Kameradschaft IV der Waffen-SS, dem Kärntner Abwehrkämpferbund etc. Die Basisfinanzierung all dieser Verbände erfolgt aus dem Kulturbudget des Landes Kärnten, wie es beispielsweise 2002 von allen im Landtag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Grünen beschlossen wurde. Um was für Organisationen es sich hierbei handelt, zeigt folgende Beschreibung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes: "Die K IV versucht, die Waffen-SS, die vom Nürnberger Gerichtshof als Teil der SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt wurde, als vierten Wehrmachtsteil (neben Heer, Luftwaffe und Marine; Anm.) und

damit als unbedenklich hinzustellen, und leitet ihren Namen daraus ab." Der K IV drohte bereits ein Verbot wegen NS-Wiederbetätigung, was 1995 zur Selbstauflösung des Bundesverbands führte.

Am Ulrichsbergtreffen sind aber auch immer wieder bekannte Neonazis wie die niederländische Auschwitzleugnerin Florentine Rost von Tonnungen sowie Gudrun Burwitz, Tochter von Heinrich Himmler, zu Gast. Neben den traditionellen rechtsextrimen Organisationen und Parteien unterstützen auch SPÖ und ÖVP das Treffen. Präsident der Ulrichsberggemeinschaft ist der ehem. LH-Stv. und SPÖ-Politiker Rudolf Gallob. Im Vorstand befinden sich außerdem u.a. der Klagenfurter Bürgermeister Scheucher sowie sein Vorgänger Guggenberger (beide ÖVP). Auch der ehem. LH-Stv. Ambrozy (SPÖ), LR Wurmitzer und LR Martinz (beide ÖVP) nahmen bereits an den Feierlichkeiten teil, während daneben Skinheads unbehelligt marschierten. Häufig werden Neonazi-Parolen gerufen - keiner tut etwas dagegen. Weitere Informationen zum Treffen sowie zu Gegenveranstaltungen finden sich auf www.u-berg.at

Alternative nötig

Besonders in Kärnten bedeutet der Kampf gegen Rechtsextremismus heute entschiedener Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut, Privatisierungen, Sozialabbau und Korruption - also gegen die herrschende Politik. Kärnten liegt im Spitzfeld bei Arbeitslosigkeit und Armut, ist stark verschuldet und hinkt bei der Kaufkraft den restlichen Bundesländern hinterher. Außerdem ist die Regierung oftmals Korruptionsvorwürfen ausgesetzt (EM-Stadion, Seebühne, Hypo-Alpe-Adria). Den Höhepunkt dieser unsozialen Politik bilden die Privatisierung öffentlicher Dienste wie der Wasser- und Stromversorgung. Nur mit einem sozialistischen Programm können wir diese "Systemfehler" konsequent bekämpfen. Werde auch du bei uns aktiv!

VERANSTALTUNG

Was ist Faschismus und wie bekämpfen wir ihn?

Dienstag, 2. 10., 18:00

Jugendherberge Klagenfurt
(Neckheimgasse 6)

Bericht von der Sommerschulung des CWI (Komitee für eine ArbeiterInneninternationale)

Weltweit für den Sozialismus

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

In der ersten Augustwoche fand in Gent, Belgien, die alljährliche Schulung des CWI (dessen österreichisch Sektion die SLP ist) statt.

Revolutionäres Lateinamerika

Die GenossInnen aus Brasilien, Venezuela und Bolivien berichteten über den wachsenden Willen großer Teile der ArbeiterInnen, Jugendlicher und armer Bauern dem Kapitalismus offen entgegenzutreten. Zu diesem Zwecke formieren sich in vielen Ländern Lateinamerikas neue Massen-ArbeiterInnenparteien, wie zum Beispiel die P-SOL (Partei des Sozialismus und der Freiheit) in Brasilien. Die brasilianische Schwesterorganisation der SLP arbeitet in der P-SOL und kämpft in ihr für ein revolutionäres, sozialistisches Programm.

Sozialismo Revolutionario, die venezuelanische Sektion des CWI, legt den Grundstein für den Aufbau von unabhängigen Organisationen der ArbeiterInnenklasse. Wir unterstützen zwar die Regierung Chavez gegen die Angriffe der reaktionären bürgerlichen Opposition, organisieren aber auch den Widerstand gegen ihn, sobald die Rechte von ArbeiterInnen bedroht sind.

Internationalismus im Nahen Osten

Zum ersten Mal war auf der Welterschulung eine Genossin aus dem Libanon anwesend. Unsere GenossInnen in Israel und dem Libanon kämpfen gemeinsam für eine Lösung des Nahostkonflikts. Diese kann nur darin bestehen, dass sich ArbeiterInnen und Jugendliche

in Israel, Palästina und dem Libanon zusammenschließen um ihre gemeinsamen Feinde zu bekämpfen - die Herrschenden in Israel, dem Libanon und Palästina. Nur durch die Solidarität der ArbeiterInnen und Jugendlichen dieser Länder kann die aggressive Politik der jeweiligen Herrschenden gestoppt werden

Europa: Widerstand gegen die Herrschenden

Xekinema (CWI in Griechenland) steht teilweise an der Spitze der SchülerInnen- und Studierendenbewegung der letzten Jahre in Griechenland. Auch in anderen Ländern fanden im letzten Jahr bedeutende Klassenkämpfe statt. In Polen baut sich die linke Gewerkschaft August 80, unter führender Beteiligung unserer polnischen Schwesterorganisation,

weiter auf. Sie organisiert vor allem Berg- und Stahlarbeiter. Diese Gewerkschaft intervenierte bei den wochenlangen Streiks der polnischen Krankenschwestern- und Pflegern und verteidigte die Demonstrationen gegen Angriffe von Polizei und Faschisten. Insgesamt nahmen etwa 400 GenossInnen aus 25 Ländern an der Schulung teil, um sich über den Widerstand der ArbeiterInnenklasse und Jugend und den Kampf für Sozialismus in ihren Ländern auszutauschen.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte im September

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH UND KÄRNTEN

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Lechenauers", Molnarplatz 16

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 19 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 18 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr,
Bunte Kuh, 5., Ecke Zentagasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt.

Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Neues aus dem CWI

Bäder für Alle

DEUTSCHLAND – Mit kräftigem Mitwirken der SAV (Schwesterorganisation der SLP in Deutschland) und dem Bündnis "Gemeinsam gegen Sozialraub" (GgS) entstanden in Köln engagierte Proteste gegen die Schließung von drei Freibädern, welche SPD und Grüne durchsetzen wollten. Mittels Info-Ständen, Plakat Aktionen und einer Demo wurden hunderte von Menschen mobilisiert, die dagegen protestierten. Dies ist jedoch nur ein Teilerfolg; Die Bäder sollen zu "Bürgerbädern" umgewandelt werden. Der Name täuscht hierbei. Die Bäder würden hierbei (noch zu gründenden) Vereinen übertragen werden, die die Bäder und deren Finanzierung organisieren soll. Die Initiative lehnt dies als Schritt in Richtung Privatisierung ab. Auf Dauer würden die Hygiene- und Sicherheitsstandards der Bäder sinken und es käme zum Verlust von Arbeitsplätzen.

National Day of Action: Kampf für Rechte von Homosexuellen

AUSTRALIEN – Die Mitglieder der australischen Socialist Party (CWI) nutzten den "National Day of Action" am 12. August um für die Rechte von Homosexuellen aufzutreten. Außerdem protestierten sie gegen einen Beschluss der Regierung, der 2004 in Kraft trat und homosexuellen Paaren Heiratsrechte entzieht. Im ganzen Land gingen bereits tausende Menschen gegen dieses Gesetz auf die Straßen.

Sozialistisches Bürgerrechts-Symposium

NIGERIA – Die Schwesterorganisation der SLP in Nigeria namens DSM (Democratic Socialist Movement), nahm am 18. August in Lagos an dem "3rd Rotimi Ewebiyi Symposium and Re-launch of Endowment Fund" Teil. Das Symposium ist eine Zusammenkunft mehrerer Bürgerrechtsorganisationen, die ihren Namen vom nigerianischen Sozialisten Rotimi Ewebiyi, der am 4. Juni dieses Jahres an Krebs starb, hat. Besprochen wurde vor allem, ob die derzeitige Yar'Adua- Regierung bessere Lebensstandards für die ärmeren Bewohner Nigerias schaffen kann. Das eindeutige Ergebnis war, dass die Politik Yar'Aduas "neoliberal und armenfeindlich" ist. Es wurde mehrmals erwähnt, dass sich dies nur durch eine große und politisch starke ArbeiterInnenpartei ändern lässt.

Sudan/Darfur – über die Hintergründe des Konflikts und des geplanten UNO-Einsatzes

Bringt die UNO Frieden?

Die momentane Diskussion im Parlament um eine Beteiligung österreichischer Truppen am Sudan/Darfur-Einsatz der UNO, welche von der grünen Abgeordneten Lunacek vehement gefordert wird, nimmt die SLP zum Anlass, die Problematik einer Teilnahme an einem UNO-Einsatz, die UNO und die wahren Gründe für die momentan Situation im Sudan/Darfur zu erörtern.

von Martin Ramberger, SLP-Niederösterreich

Der Sudan war von 1899 bis 1956 britische Kolonie und während diesem Zeitraum verfolgte der britische Imperialismus die klassische Strategie "Teile und Herrsche".

Die wirtschaftlichen Entwicklungen fand im Norden des Landes rund um die Hauptstadt Khartum statt. Die Kolonialherren versuchten den an Öl reichen Süden abzuschotten und verboten AraberInnen und MuslimInnen sich im vorwiegenden christlichen und animistischen (Naturreligion) Süden anzusiedeln. Dieses Verbot wurde erlassen, weil der britische Imperialismus fürchtete, dass es zu einer Bewegung hätte kommen können, welche das Land gegen die Fremdherrschaft hätte vereinigen können. Aber man hat nicht nur den Norden gegen den Süden ausgespielt, sondern im Süden wurden auch noch die verschiedenen Stämme gegen einander aufgebracht. Die Verantwortung für bestimmte Gebiete wurde bestimmten Stämmen übertragen. Durch Bezahlungen an den jeweiligen Stamm konnte man die Gebiete kontrollieren.

Die Zeit des Kolonialismus hat im Sudan und Darfur die Basis für die komplizierte Situation, die kommende Kriege, Hunger und Armut gelegt

Fakten und Daten zu Sudan und Darfur

- ▶ der Sudan ist 2,5 Millionen Quadratkilometer groß (ca. 30-mal Österreich)
- ▶ nur 7 Prozent des Landes sind Ackerland und nur 0.08 Prozent sind Dauerkulturen
- ▶ es leben 36 bis 41 Millionen Menschen im Sudan (Stand: 2006)
- ▶ ein Drittel aller Männer und ca. 52% aller Frauen können weder lesen noch schreiben
- ▶ Dienstleistungen (43%) und Landwirtschaft (39%) sind die wichtigsten Wirtschaftszweige
- ▶ Etwa elf Millionen Erwerbstätige erwirtschaften ein Bruttosozialprodukt von ca. \$340/EinwohnerIn
- ▶ Wichtigste Exportgüter: Erdöl, Petro-Produkte, Baumwolle/Textilien, Maschinen und Transportausrüstungen
- ▶ Wichtigste Exportpartner: China (über 50%), Japan (13%), Südafrika und Saudiarabien (beide ca. 5%)

(Quelle: Online Standard, 27.7.2004)

und - wie in allen afrikanischen Ex-Kolonien - kann man die Folgen und sozialen Spaltungen deutlich erkennen.

Nord-Süd Konflikt

Als der Sudan die "Unabhängigkeit" - eine unabhängige Kapitalistenklasse gab es allerdings defacto nicht - wieder erlangte, waren die Spaltungslinien durch den Imperialismus schon so gefestigt, dass sie für das ausgebeutete Land nicht einmal zehn Jahre Frieden bedeuteten. Der erste Krieg der Rebellen brach 1962 im Süden aus. Seitdem versinkt der Sudan regelrecht im BürgerInnen-Krieg, ethnischen und religiösen Spannungen, Armut und Hunger.

Als in Jahre 1989 die erste demokratisch gewählte Regierung - die allerdings an der Situation wenig geändert hatte - schließlich durch einen Militärputsch (geführt von Omar al-Bashir) gestürzt worden war, wurde ein Regime auf islamischer Gesetzeslage, der Sharia, gegründet. Es kam zu jahrelangen Kämpfen zwischen den offiziellen Regierungstruppen und der "Sudanesischen Volksbefreiungsarmee" (SPLA oder SPLM). Dem Süden war die islamische Sharia ein Dorn im Auge. Aber wie sooft war Religion nur ein Deckmantel, denn es ging auch um das Mitspracherecht bei den Ölquellen.

2004 kam es nach mehr als 20 Jahren BürgerInnen-Krieg, mehr als zwei Millionen Toten und einer Flüchtlingskatastrophe zu einem Friedensschluss zwischen Rebellen und Regierung. Man wollte nach sechs Jahren über eine Loslösung des Südens vom Norden abstimmen und die Hälfte der Öl-Netto-Gewinne aus dem Süden sollte an die teilautonome südliche Regierung gehen. Diese Lösung wäre vor allem dem US-Imperialismus zu Gunsten gekommen, weil die US-Regierung die Zentralregierung in Khartum mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt hat. Aber sie will trotzdem mit dem Süden Öl-Geschäfte abschließen und so wäre eine Abspaltung des Südens aus Sicht der USA am besten. Denn im Moment kauft China mehr als 50% des Öls aus dem Sudan der nördlichen Regierung ab.

Der Darfur-Konflikt: Ein Kampf der Kulturen?

Im Februar 2003 erhoben sich die "Sudanesische Befreiungsbewegung" (SLM oder SLA) und die "Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit" (JEM) gegen Präsident Omar al-Bashir. Vor allem dieser Konflikt wurde in den Medien als ethnische Unruhen porträtiert. Dies ist aber eine zum Himmel schreiende Vereinfachung! Nicht nur die schwarze Bevölkerungsmehrheit hat sich gegen die Unterdrückung durch die Regierung gewehrt, sondern auch die arabischen Bauern, die genauso unter Armut leiden. Während des Konfliktes hat sich die Regierung um al-Bashir entschlossen, die arabisch-islamischen "Janjaweed"-Milizen zu bewaffnen, um nicht-arabische Bauern zu vertreiben. Dies wurde mit einer blutigen Entschlossenheit und Ausmaß betrieben, dass man von "Arabisierung" der Region sprechen kann. Der US-Imperialismus spricht sogar von einem Genozid.

Gleichzeitig liefen die Annäherungen zwischen dem Süden und dem Norden, welche dadurch natürlich beeinträchtigt worden sind, aber auch ohne den Krisenherd Darfur ist das Friedensabkom-

men sehr instabil und fragil.

UNO-Einsatz - eine Lösung?

In diesem Jahr beschloss die UNO und die AU (Afrikanische Union) eine 3.000 Mann starke UN-Truppe in den Darfur zu schicken. Dieses Angebot nahm die Regierung in Khartum nur unter Druck von China an. Eigentlich waren von der UNO 20.000 Soldaten vorhergesehen.

Aber warum sehen wir in dem UN-Einsatz keine Lösung für die akuten Probleme im Darfur?

sich sogar über fehlende "positive Haltung" der österreichischen Regierung. Doch was würden die österreichischen Soldaten tun - außer gegen den "Norden" Partei zu ergreifen und dem Konflikt damit eine neue Dimension zu geben. In diesem Konflikt erklären wir uns weder mit dem "Süden" noch mit dem "Norden" solidarisch. Auch wenn der Norden vom US-Imperialismus angegriffen wird, begehen wir nicht den Fehler und sagen: "Der Feind meines Feindes ist mein Freund". Die SLP lehnt das re-



Viele Menschen denken von der UNO als "Weltparlament" oder von den Blauhelmen als "Friedenstruppen". Aber diese Vorstellung ist leider sehr naiv und realitätsfern. Die UNO unterstand schon seit ihrer Gründung dem Einfluss der mächtigsten Staaten (Z.B kämpfte die USA im Korea-Krieg nie als eigener Staat gegen den "kommunistischen" Norden, sondern immer nur als Teil der UN-Truppen. Dabei stellte die USA rund 90% aller Truppen.). Heute, fast zwei Jahrzehnte nach Ende des kalten Krieges und einer Serie imperialistischer Interventionen mit und ohne UNO-Billigung (Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Irak ...), gilt das mehr denn je!

Stellung der Grünen: Naiv und gefährlich!

Die grüne Parlamentsabgeordnete Lunacek fordert österreichische Beteiligung am UNO-Einsatz und beklagt

ligiös-fundamentalistische Regime in Khartum ab, welches andere ethnische Gruppen unterdrückt. Auch wenn es durch die Präsenz internationaler Truppen zu einer Abspaltung des Südens kommt, bleibt das momentane System bestehen. Es würde für die Mehrheit noch immer unter Ausbeutung, Hunger und Armut bedeuten.

Deshalb gilt unsere Solidarität der ArbeiterInnenklasse, der des Südens und der des Nordens, egal welcher ethnischen oder religiösen Gruppe sie angehören. Der afrikanische Kontinent hat auch eine starke Tradition der ArbeiterInnenbewegung und ihres Internationalismus. An diese gilt es anzuknüpfen. Denn die sozialen, ethnischen und religiösen Spaltungen - haben im Sudan/Darfur und eigentlich überall zu lang existiert und können unter kapitalistischen Bedingungen offenbar nicht überwunden werden.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 167

September 2007

*Kommender Prozess gegen drei
Rechtsextreme in Oberösterreich zeigt:*

NAZIS sind brandgefährlich

*Jahrelang haben
Justiz und Polizei
dem Treiben des
Bundes Freier Ju-
gend (BFJ) zuge-
sehen. Vor allem in
Oberösterreich
setzten sich die
rechten Recken
durch Aufmärsche,
Verteilaktionen ge-
gen AusländerIn-
nen und Übergriffe
gegen Linke in Sze-
ne. Mehr noch:
AntifaschistInnen,
die das nicht hin-
nehmen wollen
wurden vom Staat
sogar kriminali-
siert. Nun stehen
zwar endlich drei
führende BFJ-
Funktionäre vor
Gericht. Doch die
Gefahr ist damit
noch lange nicht
vorbei ...*

von John Evers, SLP-Wien

Rechte Recken ändern ihre Strategie (Der Standard, 17.8.2007)

Der entsprechende Zeitungsbericht fasst zusammen, wovon die SLP schon lange warnt: Die Nazis ziehen sich angesichts des Prozesses nicht zurück, sondern gehen mit einer "Solidaritätskampagne" im ganzen Bundesgebiet (v.a. auch Wien) in die Offensive. Sie verfügen über gute internationale Kontakte, v.a. auch nach Osteuropa. Und das sie weiter Linke bedrohen wollen, konnte die SLP gerade wieder selbst bemerken: Einmal mehr wurde im Sommer die Tür unserer Parteizentrale durch einen feigen Anschlag beschädigt.

Was bringt der Prozess

Selbst wenn der Prozess (Termin steht noch nicht fest) eine Verurteilung der drei Wiederbetätigten ergibt - alles andere wäre ohnehin ein Skandal - sehen Rechtsextremismusexperten das Problem zurecht als keineswegs gelöst an. Die existierende Szene würde versuchen, diese Täter zu Märtyrern zu machen, die "nur" ihrem "Gewissen" gefolgt wären. An einer tatkräfti-

gen und inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und dessen Ursachen außerhalb der Gerichtssäle führt also kein Weg vorbei.

Am Beispiel der Anti-AFP-Kampagne

Seit mehreren Monaten führt die SLP nicht nur eine Kampagne gegen den BFJ in Oberösterreich sondern auch gegen ein Nazi-Zentrum in Wien. Das "Fritz-Stüber-Heim" der "Aktionsgemeinschaft für Politik" in Wien Ottakring ist ein wichtiger Sagnetreffpunkt und auch Dreh-scheibe für Aktivitäten des BFJ im Osten Österreichs. Die von der SLP initiierte Kampagne - mehrere Demos, wochenlange Information der AnrainerInnen - fand inzwischen rege Aufnahme in den Regionalmedien. Ein Beschluss der Bezirksvertretung gegen das AFP-Heim folgte. Doch das ist eben nicht genug! Wir wollen durch entsprechenden öffentlichen Druck, die Schließung des Heims - wenn notwendig durch Enteignung der Besitzer - erreichen. Denn Faschismus ist ja schließlich keine Meinung, sondern ein Verbrechen.



Den Hetzern von rechts ist - auch wenn Sie keine Nazis, sondern "nur" Rechts-extreme, wie Strache - mit dem Gesetz nicht bei zu kommen. Da hilft nur aktiver Widerstand.

Gedanken zum Verbotsgesetz Nazis einfach verbieten?

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Gibt man in der Internet-Suchmaschine "Google" das Wort Verbotsgesetz ein, so erhält man eine Anzahl von ca. 52.700 Treffern. Auffällig ist, dass sich unter den Seiten, die sich gegen das Verbotsgesetz richten besonders auf die Meinungsfreiheit gepocht wird. Das erscheint vor allem für jene logisch, die unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit Nazigedankengut verbreiten wollen. Grob zusammengefasst kann auf der Grundlage dieses Gesetzes verurteilt werden, wer nationalsozialistische Propaganda verbreitet, derlei Versammlungen abhält oder sich deren Symbolen bedient. Erst seit wenigen Jahren wurden allerdings Neonazis - bekanntere Figuren unter ihnen sind Gottfried Küssel (VAPO) oder Gerd Honsik (Ausländer-Halt Bewegung, Vorstandsmitglied der NPD) - auf der Grundlage dieses Gesetzes überhaupt zu Haftstrafen verurteilt. Freilich - sie werden deswegen bleiben was sie sind. Aber dennoch wird damit wenigstens ein öffentliches und markantes Zeichen dafür gesetzt, dass ihre Machenschaften nicht geduldet werden. Dies gilt umso mehr

weil diese Prozesse IMMER aus jahrelangen Kampagnen und Mobilisierungen von AntifaschistInnen hervor gingen, welche Polizei und Justiz entsprechend unter Druck setzten und zum Handeln zwangen.

Verbotsgesetz abschaffen?

Der Boden, warum Nazis und die extreme Rechte heute AnhängerInnen finden wird mit einem Gesetz nicht entzogen. Denn das Problem liegt in einer tristen wirtschaftlichen und persönlichen Situation, die bestimmte Schichten für Rechtsextremismus empfänglich werden lässt. Diese Situation verändert ein Verbotsgesetz natürlich nicht. Dennoch liegt es auf der Hand, dass seine Abschaffung die extreme Rechte ermutigen würde. Genau aus diesem Grund fordern Personen und Organisationen von FPÖ bis BFJ diesen Schritt. Für eine tatsächliche und realistische Bekämpfung rechtsextremer und neonazistischer Untriebe ist eine breite und entschlossene Mobilisierung von Nöten, die deren Auftritte - welcher Art auch immer - verhindert und klarstellt, dass Nazis letztlich mit und ohne Gesetz unerwünscht sind.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at